

# DIE ENTWICKLUNG DES AMTES DES LAIENRICHTERS IN DEN LETZTEN 100 JAHREN

**Kiss Gábor**  
*Richter und Sekretär*

*Erzbischöflichen Offizialat Kalocsa-Kecskemét und Eger (Ungarn)*

## 1. Fragestellung

Die rechtsgeschichtliche Forschung zur Kanonistik widmete den wissenschaftlichen Forschungen zum ersten kirchlichen Gesetzbuch, das mit dem Titel *Codex Iuris Canonici* (CIC) im Jahr 1917 am Gedenktag von Peter und Paul veröffentlicht wurde, in den vergangenen Jahren besondere Aufmerksamkeit.<sup>1</sup>

*Ius sequitur vitam* oder mit anderen Worten *Ius sequitur doctrinam*<sup>2</sup>: dieser alte antike Ausspruch prägt zutreffend das Rechtssystem der katholischen Kirche. Diese Flexibilität des kanonischen Rechts tritt stark in den Vordergrund, wenn wir die Entwicklung der Ekklesiologie und in diesem Zusammenhang die Entwicklung des Kirchenrechts nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil betrachten. Der ekklesiologische Paradigmenwechsel und die Communio-Theologie waren zwei der wichtigsten Neuheiten des letzten ökumenischen Konzils. „Das Zweite Vatikanische Konzil lässt sich in seiner Lehre über die Kirche von dem biblischen Bildbegriff des Volkes Gottes leiten. Ausdrücklich widmet die Kirchenkonstitution »Lumen gentium« diesem Thema das wichtige zweite Kapitel.“<sup>3</sup> Die Selbstdefinition der katholischen Kirche änderte sich, und daraus folgte eine zwangsläufige Neuinterpretation des Rechtssystems der kirchlichen Gemeinde.

Die Paradigmenwechsel zeigt sich im Kirchenrecht mit der Aufwertung der Rolle der Laien in der katholischen Kirche. „Gläubige sind jene, die durch die Taufe Christus eingegliedert, zum Volke Gottes gemacht und dadurch auf ihre Weise des priesterlichen, prophetischen und königlichen Amtes Christi teilhaft geworden sind, sie sind gemäß ihrer je eigenen Stellung zur Ausübung der Sendung berufen, die Gott der Kirche zur Erfüllung in der Welt anvertraut hat.“<sup>4</sup> Derc. 204. CIC (1983) beinhaltet fast alle wichtigen inhaltlichen Punkte, die die neue Stellung der Christgläubigen bzw. der Laienausmacht: (1) sie erhielten zunächst mit dem Sakramente der Initiation eine positive Definition; sie werden nach dieser Definition nicht als Christen gesehen, die den Ordo nicht erlangt haben, sondern als Christen, die durch die Taufe Christus dem Volke Gottes eingegliedert sind;

---

<sup>1</sup> Vgl. Sabine DEMEL: *Die Idee eines universalen und unabänderlichen Rechts. Das kirchliche Gesetzbuch feiert seinen 100. Geburtstag.* In: Stimmen der Zeit 235 (2017), 395–405.

<sup>2</sup> Vgl. Gerhard NEUDECKER: *Ius sequitur vitam – der Dienst der Kirchengerichte an der Lebendigkeit des Rechts: zugleich ein Beitrag zur Vergleichung des kanonischen und staatlichen Rechtssystems.* Münster, 2013.

<sup>3</sup> Stephan HAERING – Wilhelm REES – Heribert SCHMITZ (Hgg.): *Handbuch des katholischen Kirchenrechts.* Regensburg, 2015 [HkK], 32.

<sup>4</sup> CIC (1983) c. 204.

(2) als Folge der Taufe haben sie auf ihre Weise Anteil am dreifachen Amt Christi (*munus Christi sacerdotalis, prophetici et regalis*); (3) und durch diese unmittelbare Teilhabe an der *Tria-Munera-Christi* sind sie befähigt und berufen den göttliche Sendungsauftrag der Kirche auszuüben.<sup>5</sup>

„Das Zweite Vatikanum hat aber den unmissverständlichen Auftrag erteilt, entsprechend den Konzilsbeschlüssen neue Rechtsnormen zu schaffen und dadurch die konziliaren Aussagen in anwendbares Recht zu transformieren.“<sup>6</sup> Anhand des neuen theologischen Hintergrunds wurde die Rolle der nicht zu Priestern geweihten Laien unter anderem auch in der kirchlichen Gerichtbarkeit aufgewertet.

Dieser Beitrag beabsichtigte einen Überblick über die rechtsgeschichtliche Entwicklung der laikalen richterlichen Tätigkeit in der kirchlichen Gerichtsbarkeit zu geben. Der Ausgangspunkt dieser Untersuchung ist das erste kodifizierte Gesetzbuch der katholischen Kirche (*Codex Iuris Canonici*, 1917). Danach wird die Notsituation skizziert, die in der personellen Unterbesetzung in den Ämtern der kirchlichen Rechtsprechung nach dem Zweiten Vatikanischen Konzils bestand, und die die neue Regelung, nämlich das *Motu Proprio Causas Matrimoniales* erst zum Entstehen brachte. In einem dritten Punkt werden die Regelungen des gültigen Kodex der katholischen Kirche und insbesondere der schon erwähnten c. 1421 in den Blick genommen. Zum Schluss wird die relevante Regelung der Instruktion *Dignitas connubi* als *Motu Proprio Mitis Iudex Domus Iesus* kurz näher beleuchtet.

Im Rahmen der einleitenden Bemerkungen ist noch darauf hinzuweisen, dass der kontroverse verfassungsrechtliche Status, den die Tätigkeit des Laienrichters hat, mit der Teilnahme an der Ausübung der kirchlichen Vollmacht durch den Laien eng zusammenhängt.<sup>7</sup>

<sup>5</sup> Klaus LÜDICKE (Hg.): *Münsterischer Kommentar zum Codex Iuris Canonici* (Stand: November 2017). Essen seit 1984 [MKCIC] 204,1–2.

<sup>6</sup> HkK, 73.

<sup>7</sup> Zum rechtstheologischen Hintergrund siehe auch die folgenden Beiträge: Thomas AMANN: *Laien als Träger von Leitungsgewalt?* St. Ottilien, 1996; Anne ASSELIN: *Vingt ans après la promulgation de Code de droit canonique: Qu'en est-il du service des laïcs dans l'Église?* In: *Studia canonica* 38 (2004) 54–109; Jean BEYER: *De natura potestatis regiminis seu iurisdictionis recte in Codice renovato enuntianda.* In: *Periodica* 71 (1982) 93–145; Adriano CELEGHIN: *Sacra potestas: quaestio post conciliaris.* In: *Periodica* 74 (1985) 165–225; Eugenio CORECCO: *Natur und Struktur der 'Sacra potestas' in der kanonischen Doktrin und im neuen CIC.* In: Libero Gerosa, – Ludger Müller (Hgg.): *Ordinatio fidei.* Paderborn–München–Wien–Zürich, 1994, 233–248; Eugenio CORECCO: *Natura e struttura della 'Sacra potestas' nella dottrina e nel nuovo Codice di Diritto Canonico.* In: *Communio* 75 (1984) 24–52; J. CORIDEN: *Lay person and the power of governance.* In: *The Jurist* 59 (1999) 335–347; J. J. CUNEO: *The Power of Jurisdiction. Empowerment for Church Functioning and Mission distinct from Power of Orders.* In: *The Jurist* 39 (1979) 183–219; G. DALLA TORRE: *La collaborazione dei laici alle funzioni sacerdotale, profetica e regale dei ministri sacri.* In: *Monitor Ecclesiasticus* 109 (1984) 140–165; George FELIX: *Canon 129: The participation of Christ's lay-faithful in 'potestas regiminis'.* Pontificia Universitas Urbaniana Facultas Iuris Canonici, Roma, 1993; Kevin GILLESPIE: *Ecclesiastical office and the participation of the lay faithful in the exercise of sacred power. Towards a theological and canonical understanding of the mutual orientation in the sign of Christ.* Roma, 2017; D-M. A. JAEGER: *Animadversiones quaedam de necessitudine inter potestatem ordinis et regiminis iuxta C.I.C. cognitum.* In: *Antonianum* 59 (1984) 628–646; Matthäus KAISER: *Potestas iurisdictionis?* In: Winfried Aymans – Anna Egler – Joseph Listl (Hgg.): *Fides et ius.* Festschrift für Georg May zum 65. Geburtstag, Regensburg, 1991, 81–108; Peter KRÄMER: *Sacra potestas im Zusammenspiel von sakramentaler Weihe und kanonischer Sendung.* In: Winfried Aymans – Karl-Theodor Geringer: *Iuri Canonico Promovendo.* Festschrift für Heribert Schmitz zum 65. Geburtstag, Regensburg, 1994, 23–34; Peter KRÄMER: *Die geistliche Vollmacht.* In: Joseph Listl – Heribert Schmitz (Hgg.): *Grundriß des nachkonziliaren*

Nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil wirkten viele Laien als Notar, Ehebandverteidiger, Rechtsanwalt und Vernehmungsrichter an der kirchlichen Gerichtsbarkeit mit. In diesen Fällen erscheint die Teilnahme an der Ausübung der Leitungsgewalt (vgl. c. 129. § 2) als Teilnahme auf indirekte Weise. Sie tragen mit ihren Aufgaben auf mittelbare Weise zu der Urteilsfällung und der Wahrheitsfindung bei, aber sie nehmen an dem konkreten rechtlichen Akt der Urteilsfällung nicht teil. Jedoch wirken die Richter nach c. 1421 § 2 in der Leitungsvollmacht bzw. in diesem Fall in der Gerichtsvollmacht auf direkte Weise mit. So wird die kollektive Dimension der Urteilsfällung gemäß c. 129. § 2 verwirklicht. Das Richterkollegium ist als Ganzes Rechtssubjekt und muss kollegial handeln (c. 1426 § 1). Als dieses Kollegium besitzt *es potestas iudicialis* (c. 135 § 3). Andererseits sind auch die einzelnen Laienrichter für ihr Richteramt bestellt und damit mit ordentlicher richterlicher Gewalt ausgestattet. Auf diese Weise kann man mit der Hilfe des Laienrichters die Natur der Leitungsgewalt besser verstanden werden.

Dieser kurze prozessrechtsgeschichtliche Abriss berührt jedoch weder die mangelnde Ausprägung von rechtstheologischen Grundsätzen der kirchlichen Gewalt noch die Entwicklung des theologischen Hintergrunds für die Teilnahmemöglichkeiten der Laien an der Sendung der Kirche. Der Verfasser beschränkt sich vielmehr im Folgenden auf die Untersuchung, welche Entwicklungsschritte die personalen Voraussetzungen durchliefen, die für eine Ernennung an den kirchlichen Gerichten durch einen potentiellen Laienrichter erfüllt sein mussten.

## 2. CIC (1917)<sup>8</sup>

Das Amt des Diözesanrichters im CIC (1917) wurde durch die im Gesetzbuch geregelte kirchliche Gewalttheorie bestimmt. Auch im CIC (1917) war der Diözesanbischof der Richter erster Instanz, er konnte seine richterliche Gewalt persönlich oder durch andere ausüben.<sup>9</sup> „Die Oberhirten vollen Rechtes haben ordentliche Gerichtsgewalt für ihren Zu-

---

Kirchenrechts, Regensburg, 1980, 166–173; Elizabeth McDONOUGH: *Laity and the Inner Working of the Church*. In: *The Jurist* 47 (1987) 228–245; Thomas MECKEL: *Konzil und Codex. Zur Hermeneutik des Kirchenrechts am Beispiel der christifideles laici*, Paderborn, 2017; Klaus MÖRSDORF: *De sacra potestate*. In: *Apollinaris* 40 (1967) 41–57; Klaus MÖRSDORF: *Munus regendi et potestas iurisdictionis*. In: *Pontificia commissio codicis iuris canonici recognoscendo: Acta Conventus Internationalis Canonistarum Romae diebus 20–25 mai 1968 celebrati*, Rom, 1970, 199–211; Klaus MÖRSDORF: *Weihegewalt und Hirtengewalt und Abgrenzung und Bezug*. In: Winfried Aymans – Karl-Theodor Geringer – Heribert Schmitz (Hgg.): *Schriften zum Kanonischen Recht*. Paderborn–München–Wien–Zürich, 1989, 171–186; Peter PLATEN: *Die Ausübung kirchlicher Leitungsgewalt durch Laien. Rechtssystematische Überlegungen aus der Perspektive des „Handelns durch andere“*. Essen, 2007; James PROVOST: *The Participation of the Laity in the Governance of the Church*. In: *Studia Canonica* 17 (1983) 417–448; Alfons STICKLER: *De potestatis sacrae natura et origine*. In: *Periodica* 71 (1982) 65–92; Alfons STICKLER: *Origine e natura della sacra potestas*. In: S. Gherro (cur.), *Studi sul primo libro del Codex Iuris Canonici*, Padua, 1993, 73–90.

<sup>8</sup> Zur Geschichte des Laienrichters vor dem CIC (1917) siehe: Peter FRATTIN: *Lay judges in ecclesiastical tribunals*. In: *The Jurist* 28 (1968) 178–180.

<sup>9</sup> CIC (1917) „Can 1572 §1. In unaquaque dioecesi et pro omnibus causis a iure expresse non exceptis, iudex primae instantiae est loci Ordinarius, qui iudiciariam potestatem exercere potest ipse per se, vel per alios, secundum tamen canones qui sequuntur.”

ständigkeitsbereich, der Ortsoberhirt für seine Gebietskörperschaft (Diözese). [...]“<sup>10</sup> In der Gerichtsbarkeit wird der Bischof vertreten durch den Offizial und das Kollegialgericht, das aus den Synodalrichtern unter Vorsitz des Offizials gebildet wird. In einer Diözese kann der Bischof nicht mehr als 12 Diözesanrichter ernennen, die der Kodex *iudicum synodali-um* oder *iudicum pro-synodali-um* nannte.<sup>11</sup> Gemäß des c. 1547 von CIC (1917) muss ein Richter Priester (*presbyter*) sein. Für die Ernennung des Richters gab es daneben noch zwei weitere Kriterien: sie mussten gut beleumundet und bewandert im Recht sein. „Für Berufung, Abberufung und Amtszeit der Synodalrichter gelten dieselben Bestimmungen wie für Synodalprüfer (cc. 385–388.). Ihre Hauptaufgabe besteht darin, für die kollegial zu behandelnden Gerichtssachen als Mitglieder des bischöflichen Kollegialgerichtes tätig zu sein. Ihre richterliche Gewalt erhalten sie auf dem Wege der Delegation mit der Ernennung seitens des Bischofs. Ihre Dienstzeit beträgt grundsätzlich zehn Jahre und ist daher unabhängig von der Amtszeit des jeweiligen Bischofs; sie endet aber unter Umständen vorzeitig durch den Zusammentritt einer neuen Diözesansynode.“<sup>12</sup>

Die unterentwickelte Rolle, die Laien in Zusammenhang mit der Mitwirkungsmöglichkeit in der kirchlichen Gewalt oder sogar mit den kirchlichen Ämtern zugebilligt wurde und die das erste Gesetzbuch prägte, beruht darauf, dass vor dem Zweiten Vatikanum die Laientheologie praktisch nicht existierte. So fasst *Ulrich Stutz* die Rolle der Laien im CIC (1917) zusammen: „Die katholische Kirche ist die Kirche des Klerus. Selbstverständlich nicht in dem Sinne, dass ihre Heilsarbeit nicht auch, ja sogar – vermögen der fast erdrückend grossen Ueberzahl der Laienschaft – vornehmlich den Laien zugute käme. Wohl aber in dem, dass nach ihrem Rechte [...] die Laien mehr nur als Schutzgenossen und allein die Kleriker als Vollgenossen erscheinen. Die Laien bilden lediglich das zu leitende und zu lehrende Volk, das gegen gläubige Annahme der von der Kirche gelehrteten Heilswahrheit und durch gehorsame Unterwerfung unter sie ihrer Heilswohlthaten und des nach ihrer Lehre einzig durch sie vermittelten Heils teilhaftig werden soll. Das Recht der katholischen Kirche ist fast ausnahmslos Geistlichkeitsrecht.“<sup>13</sup>

Zusammenfassend lässt sich sagen, die Laien konnten gemäß dem kirchlichen Gesetzbuch (1917) nicht als Richter tätig sein, obwohl ein gewisser Anspruch in den Teilkirchen schon existierte.<sup>14</sup>

<sup>10</sup> Eduard EICHMANN – Klaus MÖRSDORF: *Lehrbuch des Kirchenrechts auf Grund des Codex Iuris Canonici*. Paderborn, 1964 [EICHMANN–MÖRSDORF 1964], 48.

<sup>11</sup> CIC (1917) „Can 1574 §1. In qualibet dioecesi presbyteri probatae vitae et in iure canonico periti, etsi extradioecesani, non plures quam duodecim eligantur ut potestate ab Episcopo delegata in litibus iudicandis partem habeant; quibus nomen esto iudicum synodali-um aut pro-synodali-um, si extra Synodum constituuntur. §2. Quod ad eorum electionem, substitutionem, cessationem aut remotionem a munere attinet, servantur praescripta can. 385–388. §3. Nomine iudicum synodali-um in iure veniunt quoque iudices pro-synodales.

<sup>12</sup> EICHMANN–MÖRSDORF 1964, 52.

<sup>13</sup> Ulrich STUTZ: *Der Geist des Codex iuris canonici*. Stuttgart, 1918, 83.

<sup>14</sup> Vgl. „But the most interesting example, symptomatic of the feeling and mind of the Holy See with regard to the use of lay judges, is to be found in an answer of the S. Congregation of the Council, dated December 14, 1918. My it the Roman Dicastery replied to two questions (dubia) raised by the Bishop of Breslau (now Poland) relative to the formation of the Curia's ecclesiastical tribunal. The dubia were thus formulated: (a) whether, in accordance with a custom one hundred and seventy years old, lay law experts could take part, with a right to a decisive vote, in contentious and matrimonial cases discussed before ecclesiastical courts; (b) whether lay canonical experts could act as auditors or assessors in ecclesiastical cases (save those of a criminal

### 3. Die Voraussetzungen und das MP Causas Matrimoniales

Nach dem ekklesiologischen Paradigmenwechsel und der Neupositionierung der Laien in der nachkonziliaren Ekklesiologie wurde es möglich, die Laien an der Sendung der Kirche in größeren Bereich mitwirken zu lassen. Nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil ist Teilnahme der Laien im Gerichtssystem der katholischen Kirche notwendig geworden, weil sich die Zahl der Ehenichtigkeitsverfahren in der postkonziliaren Zeit stark erhöhte. In dieser Situation erhob sich die Frage, wie die gut qualifizierten, aber nicht zu Priestern geweihten KanonistInnen an der Aufgabe der Rechtsprechung mitwirken könnten.

Nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1965) aber schon vor der Promulgation des neuen Gesetzbuches (1983) entstand eine Situation, in der das theologische Fundament für die Ernennung eines Laienrichters zur Arbeit in der kirchlichen Gerichtsbarkeit bereits grundsätzlich erdacht war, jedoch die kodifikarische Regelung noch fehlte. Günter Assenmacher fasste die Voraussetzungen der Bestellung eines Laienrichters in diesem Zeitraum zusammen: „Am 15. März 1968 setzte der damalige Bischof von Münster, Joseph Höffner, seine Unterschrift unter ein von Paul Wesemann entworfenes Gesuch, das an den Papst die Bitte richtete, mit Rücksicht auf die wachsende Zahl der anhängigen Fälle und die wenigen dafür zur Verfügung stehenden Priester zu erlauben, »si necessitas premit, candidatus vero conditionibus in cc. 1574. 1§ et 1589 § 1 enumeratis correspondet, virum aptum et idoneum nominare ut Auditorem (c. 1580 ss CIC) vel iudicem instructorem, Defensor Vinculi et Promotorem Iustitiae (c. 1586. ss CIC), Assessorem consultem in casibus, ubi iudex unicus sibi duos assessores consultentes adsciscere vult (c. 1575 CIC)«<sup>15</sup>.“<sup>16</sup> Der damalige Pro-Präfekt der Apostolischen Signatur, Kardinal Dino Staffa genehmigte die Ernennung von Laienrichtern in der Diözese Münster gemäß dem Gesuch von Bischof Höffner. Aber diese vorgenannte Anforderung war nicht die einzige, die eine solche Genehmigung vom Apostolischen Stuhl erbat. Soulard bewertet diesen gerade beschriebenen Vorgang von Gesuch und Bewilligung der Ernennung von Laienrichtern als ein 'Vorspiel' zur künftigen, den

---

nature) with a right to a consultative vote. The latter dubium had been prompted not only by the then newly promulgated Code of Canon Law, but especially by certain concessions granted by Pius IX allowing at least a restricted and qualified use of lay jurists in ecclesiastical controversies. The answer of the S. Congregation of the Council to the first question was categorical: not only was the custom of admitting laymen as judges cum voto deliberativo to be reprobated, but it could not even be tolerated in the future. Indeed, laymen were considered so incapable of ecclesiastical jurisdiction that »ne illius quidem habendae sunt capaces, sed prorsus incapaces, ac talis incapacitas solum per specialem et extraordinariam Romani Pontificis provisionem in causa particulari auferri potest.« Basing itself on legal principles firmly established in the Decretals, the Congregation went so far as to classify the custom existing in the diocese of Breslau a practice by which disrumpitur nervus ecclesiasticae disciplinae, not a legitimate custom, reiterated the Roman Dicastery, but simply an activity which non aliud mereri nomen nisi abusus.“ P. FRATTIN: *Lay judges in ecclesiastical tribunals*. In: *The Jurist* 28 (1968) 180–181.

<sup>15</sup> Paul WESEMANN: *Können Laien kirchliche Richter sein? Analyse der Kommentare zum MP Causas Matrimoniales*. Rom, 1982. (Lizentiatsarbeit, unveröffentlicht)

<sup>16</sup> Günter ASSENMACHER: *Laien als kirchliche Richter. Die Situation in den Bistümern der Bundesrepublik Deutschland. Zur Diskussion einer Grundsatzfrage*. In: Klaus Lüdicke – Heinrich Mussinghoff – Hugo Schwendenwein (Hgg.): *Iustus Iudex*. Festgabe für Paul Wesemann zum 75. Geburtstag von seinen Freunden und Schülern, Essen, 1990 [ASSENMACHER 1990], 353.

Laienrichter betreffenden kanonischen Gesetzgebung.<sup>17</sup> Meiner Meinung nach tritt gerade hier die Flexibilität des kanonischen Rechts in Erscheinung: eine Notsituation in den Teilkirchen (d. h. der Fachkräftemangel in den kirchlichen Gerichten) ließ eine im kanonischen Recht bestehende 'Anomalie' zu Tage treten und mit der Hilfe der Gesetzgebung der Gesamtkirche (in diesem Fall z. B. *Causas Matrimoniales*) wurde eine Lösung innerhalb der theologisch-ekkesiologischen Möglichkeiten gefunden. Papst Paul VI. promulgierte das MP *Causas Matrimoniales* am 28. März 1971, das den Erlass einiger Normen für eine schnellere Abwicklung der Eheprozesse beinhaltet.

§ 1. des V. Punktes des MP ordnete die Zusammensetzung der Richterkollegium in den Ehenichtigkeitsfällen an: „Für den Fall, dass weder im Diözesangericht, noch, wo ein solches besteht, im Regionalgericht ein Kollegium von drei geistlichen Richtern gebildet werden kann, erhält die Bischofskonferenz die Vollmacht, für das Gericht der ersten und der zweiten Instanz ein Kollegium aus zwei Geistlichen und einem Mann aus dem Laienstand, zu gestatten.“<sup>18</sup> Die der Bischofskonferenz erteilten Erlaubnis zur Ernennung der Laienrichter wurde im § 3 derselben Artikels konkretisiert: „Die Bischofskonferenz kann die oben genannten Vollmachten gemäß ihren eigenen Statuten wahrnehmen, oder durch eine Gruppe von Mitgliedern oder auch durch ein einzelnes Mitglied der Bischofskonferenz, die für diese Aufgabe gewählt werden.“<sup>19</sup> Nach diesem MP konnten die katholischen Bischöfe des jeweiligen Landes prüfen, ob eine Notsituation bestand, die es erforderte, den Dienst von Laienrichtern zu nutzen.

Der Beschluss der Deutschen Bischofskonferenz – der nach der Promulgation der *Causas matrimoniales* gefasst wurde – traf Anordnungen über die Einzelheiten und die Grenze der Richtertätigkeiten der Laien in den kirchlichen Gerichten in Deutschland. „Sofern in einem Diözesan- oder Metropolitangericht nach dem Urteil des Diözesanbischofs nicht ein Kollegium aus drei Richtern, die Kleriker sind, gebildet werden kann, erteilt die Deutsche Bischofskonferenz gemäß der Ermächtigung in Art. V. § 1 des Motu Proprio Papst Paul VI. *Causas Matrimoniales* vom 28. März 1971 *ad experimentum* für fünf Jahre hiermit die Erlaubnis, das Richterkollegium der 1. oder 2. Instanz – nicht jedoch das der 3. Instanz – für die Behandlung von Ehesachen aus zwei Klerikern und einem männlichen Laien zu bilden. Für die Bestellung eines Laien zum Richter werden dabei vorausgesetzt:

- a) Treue im katholischen Glauben und guter Lebenswandel,
- b) Kenntnis des kanonischen Rechtes,
- c) Erfahrung im Gerichtswesen.

Wo hinreichende Kenntnis des kanonischen Rechtes und Erfahrung im Gerichtswesen nicht eindeutig feststehen, soll der Laie beim kirchlichen Gericht zunächst in anderer Funktion (z. B. als Notar oder Vernehmungsrichter) tätig sein, ehe er zum Richter bestellt wird.“<sup>20</sup>

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der große Wert des *Motu proprio* darin zu sehen ist, dass es die Tätigkeit der Laien als Richter erstmals in der Geschichte der Kodifikation

---

<sup>17</sup> Vgl. Ray SOULARD: *La participation des laïcs à l'activité des tribunaux ecclésiastiques*. In: Quaestiones de Motu Proprio „Causas Matrimoniales“. Studia Universitatis S. Thomae in Urbe, Rom, 1976, 67–76.

<sup>18</sup> *Nachkonziliare Dokumentation – im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz. Band 39. Kirchliches Prozessrecht. Sammlung neuer Erlasse, lateinisch und deutscher Text.* Trier, 1976, 33–45

<sup>19</sup> Ibid.

<sup>20</sup> ASSENMACHER 1990, 354–355.



des modernen Kirchenrechts gestattete. Jedoch muss auch berücksichtigt werden, dass das *MP* noch mehrere Einschränkungen beinhaltete, die alle theologischen Grundlagen vermissen ließen: der Gesetzgeber schränkte die richterliche Tätigkeit ein und erlaubte sie nur für Männer und nur für die erste und zweite Instanz der Gerichtsbarkeit für Ehenichtigkeitsfälle. Vermutlich muss man diese Begrenzungen auf die vorsichtige Zurückhaltung des Gesetzgebers zurückführen.

#### **4. Die Laienrichter in dem CIC (1983)**

Seit der Promulgation des gültigen CIC der katholischen Kirche wurde jedes kirchliche Amt an dem im Gesetzbuch aufgestellten Regelungen gemessen.<sup>21</sup> *Judith Hahn* beschäftigte sich ausführlich mit dem Richteramt in ihrer Habilitationsarbeit und sie führt die rechtlich maßgeblichen Eigenschaften eines Diözesanrichters gemäß CIC (1983) wie folgt auf: „Alle Ämter an den Diözesangerichten werden vom Diözesanbischof durch Ernennung besetzt. In Bezug auf den Offizial und die Vizeoffiziale ist festgehalten, dass sie Priester sein, einen guten Ruf haben und, abweichend von c. 1573 § 4 CIC/1917, nicht mehr nur mindestens im Recht bewandert, ‘*periti*’, sondern Doktoren oder wenigstens Lizentiaten des kanonischen Rechtes sein müssen; ferner hat ihr Alter mindestens dreißig Jahre zu betragen (vgl. c. 1420 § 4; Art. 42 § 1 DC). Diözesanrichter müssen nach geltendem Recht Kleriker sein, das heißt mindestens die Diakonenweihe empfangen haben (vgl. c. 1421 § 1; Art. 43 § 1 DC). [...] Neben der regulären Berücksichtigung von Diakonen im geltenden c. 1421 § 1, die dem Klerikerbegriff unterfallen, können heute mit Erlaubnis der Bischofskonferenz [...] auch Laiinnen und Laien zu Diözesanrichterinnen und – Richtern ernannt werden (vgl. c. 1421 § 2; Art. 43 § 2 DC). Im Ostkirchenrecht wird diese Entscheidung für die jeweiligen Kirchen eigenen Rechts getroffen (vgl. c. 1087 § 2 CCEO). [...] Einsatzort der Laiinnen und Laien ist das Kollegialgericht: Von den drei beziehungsweise fünf zur Bildung eines Kollegialgerichts herangezogenen Richterinnen und Richtern darf eine Position laikal besetzt werden [...]“.<sup>22</sup>

Zwei beachtenswerte Veränderungen sind zwischen dem *MP Causas matrimoniales* und dem CIC (1983) wahrnehmbar. „Gegenüber dem *MP CausMatr* ist 1421 insoweit fortgeschrieben, als der zum Richter bestellte Laie eine Frau oder ein Mann sein kann; die Eingrenzung des Kollegialgerichts, dem ein Laie angehört, auf die erste und zweite Instanz des Ehenichtigkeitsverfahrens gefallen ist.“<sup>23</sup> Jedoch formulierte der Gesetzgeber zwei Voraussetzungen für die Bestellung eines Laienrichters: einerseits die ‘Notwendigkeit’, andererseits die Erlaubnis der Bischofskonferenz.

Obwohl das Gesetzbuch (1983) den Weg für die laikale richterliche Teilnahme in den Streit- und Strafverfahren frei machte, schließendie *Normae de gravioribus delictis Congregatione pro Doctrina Fidei reservatis* (21. Mai 2010) die Laien als Richter, Kirchenanwalt, Notar und Anwalt bei der diözesangerichtlichen Behandlungen sogenannter *delicta graviora* aus.<sup>24</sup> „Auch bei den anderen Gerichten können für die in diesen Normen

---

<sup>21</sup> MKCIC 1421, 1.

<sup>22</sup> Judith HAHN: *Das kirchliche Richteramt. Rechtsgestalt, Theorie und Theologie*. Essen, 2017, 392–393.

<sup>23</sup> MKCIC 1421, 1.

<sup>24</sup> Vgl. MKCIC 1421, 9.

behandelten Fälle nur Priester die Ämter des Richters, Kirchenanwalts, Notars und Anwalts gültig ausüben.“<sup>25</sup>

## 5.1. Die Erlaubnis der Bischofskonferenz

Die erste Voraussetzung zur Eröffnung des Wegs zur Bestellung eines Laienrichters in einer Nationalkirche ist das Vorliegen der Erlaubnis der Bischofskonferenz. Das *MP Causas matrimoniales* beinhaltet schon die Anforderung, dass ein notwendiger Beschluss der Bischofskonferenz über die Ernennungsmöglichkeit der Laien vorliegen müsse. Wie Theisen bemerkte, „Die Kodex-Reform-Kommission hat den Sinn einer Erlaubnisgewährung durch die Bischofskonferenz darin gesehen, eine möglichst einheitliche Verfahrensweise in deren Bereich sicherzustellen.“<sup>26</sup>

Daraus kann gefolgert werden, dass die Zulassung der Bischofskonferenz als eine generelle Voraussetzung zu bewerten ist, wonach der Diözesanbischof die Notwendigkeit des Einsatzes der im Kirchenrecht gebildeten Laien als Richter in seinem Bistum nach seinem Ermessen bestimmen kann.<sup>27</sup>

Nach der Promulgation des CIC im Jahr 1983 erteilten die Bischofskonferenzen in vielen Ländern ein dem c. 1421. § 2 CIC (1983) entsprechende Erlaubnis:<sup>28</sup> Deutschland<sup>29</sup> (1985), Österreich<sup>30</sup> (1984), Schweiz<sup>31</sup> (1985) England und Wales<sup>32</sup> (1985), Mexiko<sup>33</sup> (1985),

---

<sup>25</sup> *Normae de delictis Congregationi pro Doctrina Fidei reservatis seu Normae de delictis contra fidem necnon de gravioribus delictis*, 21. Mai 2010. In: AAS 102 (2010) 419–434. [http://www.vatican.va/resources/resources\\_norme\\_ge.html](http://www.vatican.va/resources/resources_norme_ge.html) (10. März 2020)

<sup>26</sup> Karl Heinrich THEISEN: *Die Laien als kirchliche Richter*. h. n., 2006, 69.

<sup>27</sup> Ángel MARZOA – Jorge MIRAS – Rafael RODRÍGUEZ-OCAÑA (ed.): *Exegetical commentary on the code of canon law. Volume IV/1*. Montreal–Canada–Chicago, 2004, 733.

<sup>28</sup> Vgl. José MARTÍN DE AGAR (cur.): *Legislazione delle Conferenze Episcopali al C.I.C.* Milano, 2009.; Klaus LÜDICKE – Ronny JENKINS: *Dignitas Connubii. Norm and Commentary*. Washington DC, 2005, 90.

<sup>29</sup> „zu c. 1421. § 2: Auch Laien können als Richter bestellt werden.“ Berliner Bischofskonferenz, Beschluß, 1985. In: Archiv für katholisches Kirchenrecht 154 (1985) 536–538.

<sup>30</sup> „Die Österreichische Bischofskonferenz gibt die Erlaubnis, daß Laien als Richter bestellt werden, von denen einer bei der Bildung eines Kollegialgerichtes herangezogen werden kann, soweit eine Notwendigkeit dazu besteht.“ In: Amtsblatt der Österreichischen Bischofskonferenz 1 (1984) Nr. 14.

<sup>31</sup> „Die Schweizer Bischofskonferenz gibt die Erlaubnis, das Laien als Richter bestellt werden können.“ In: Archiv für katholisches Kirchenrecht 154 (1985) 544.

<sup>32</sup> „2. The Bishops’s Conference of England and Wales, in accordance with canon 1421 § 2, hereby permits suitably qualified faithful, other than clerics to be appointed Diocesan Judges in England and Wales.“ In: *Ius Ecclesiae* 1 (1989) 361.

<sup>33</sup> „Can. 1421,2: La Conferencia Episcopal faculta a los Obispos Diocesanos que sufram escasez de sacerdotes para que puedan nombrar jueces laicos, y que, uno de éstos, pueda formar parte del tribunal colegiado.“ Ibid. 372.



Italien<sup>34</sup> (1983), Kanada<sup>35</sup> (1984), Indien<sup>36</sup> (1993), Irland<sup>37</sup> (1987-1988), Nigeria<sup>38</sup> (1986), Inter-territorial Catholic Bishops' Conference of The Gambia and Sierra Leone,<sup>39</sup> USA<sup>40</sup> (1991), Philippinen<sup>41</sup> (1987), Neuseeland, Australien, Schottland, Republik Südafrika und Ungarn (2006 und 2009). Jedoch gibt es auch Beispiele dafür, dass eine Bischofskonferenz eine Bewilligung als nicht notwendig deklarierte, wie es durch die Bischofskonferenz in Spanien im Jahr 1984 geschah.<sup>42</sup>

## 5.2. Die 'Notwendigkeit'

Zunächst ist daher zu prüfen, was der Begriff der 'Notwendigkeit' (*necessitas*) für die kirchliche Gerichtsbarkeit eigentlich bedeutet. Der Begriff der Notwendigkeit hat eine alltägliche Bedeutung (etwas für unerlässlich halten, so dass es vorhanden sein muss, damit ein bestimmtes Ergebnis erreicht werden kann) und natürlich eine kanonistische Fachbe-

---

<sup>34</sup> „É concessa la facoltà di assumere dei tribunali ecclesiastici un laico con le funzioni di giudice per la formazione del Collegio purché sia un possesso dei requisiti voluti dalla normativa canonica”. In: (cur.) Ufficio nazionale per i problemi giuridici della Conferenza Episcopale Italiana, Delibere e decreti della Conferenza Episcopale Italiana, Milano, 2006, 158.

<sup>35</sup> „In accordance with the prescriptions of c. 1421, § 2, the Canadian Conference of Catholic Bishops hereby decrees that where it is opportune to do so, laypersons who have the necessary qualifications as outlined in the law, may be appointed judges in Church courts, to be part of a collegial tribunal.” Canadian Conference of Catholic Bishops. In: Official Document 517, 1984. 08. 30.

<sup>36</sup> „The CCBI permits local Ordinaries to appoint competent laypersons as judges as per the norms contained in c. 1421.” Ernest CAPAROSS – Michel THÉRIAULT – Jean THORN (ed.): *Code of Canon Law Annotated*. Montréal, 1993, 1356.

<sup>37</sup> „In accordance with the prescription of c. 1421, § 2, the Irish Episcopal Conference hereby decrees that laypersons, duly qualified and experienced, may be appointed judges in ecclesiastical tribunals in this country.” Intercom, 18 (1987–1988) 13.

<sup>38</sup> The Catholic Bishops' Conference of Nigeria fully accepts this legislation where the necessity suggests”. In: Particular Complementary Norms to the Revised Code, Lagos, 1989, 46.

<sup>39</sup> „The Conference permits the appointment of lay judges in tribunals of the first instance. Lay judges who are appointed must be competent and of good repute. A lay judge however may serve only as one associate judge in the formation of a panel of three judges”. In: Inter-Territorial Catholic Bishops' Conference 3 (1986) 7.

<sup>40</sup> „In accord with the prescriptions of c. 1421, § 2, the National Conference of Catholic Bishops authorizes the diocesan bishops to appoint laypersons as judges to serve as one member of a collegiate tribunal when necessary”. In: National Conference of Catholic Bishops, Complementary Norms, Washington DC, 1991.

<sup>41</sup> „1. The diocesan bishops may recommend laypersons to the Catholic Bishops' Conference of the Philippines to be appointed judges in the ecclesiastical courts, provided that they are Catholics of unimpaired reputation and have a doctorate, or at least, a licentiate in canon law.

2. Whenever there is a real need to appoint judges, whether laypersons or clerics, who lack the academic qualifications mentioned in c. 1421, § 3, the diocesan bishop must have recourse to the Supreme Tribunal of the Apostolic Signatura in order to ask for the needed dispensation.

3. Laypersons, however, cannot sit as judges in cases against clerics, or in cases concerning the declaration or imposition of interdict or excommunication”. In: FLORENCIO TESTERA (ed.): *Canon Law Digest of the Philippine Catholic Church. A Text and Commentary*. Manila, 1987, 70–71.

<sup>42</sup> Conferencia Episcopal Española, Decreto, 1983. XI. 26: Boletín de la Conferencia Episcopal Española 1, 1984, 99.

deutung. Obwohl der CIC den Begriff der *necessitas* 46-mal beinhaltet,<sup>43</sup> weist er jedoch keine allgemeine Bedeutung dieses Begriffs für alle kanonistischen Situationen auf.

Die Fachliteratur charakterisiert die Situation, die 'die Notwendigkeit' begründen kann, als eine langfristig und permanente Unmöglichkeit, ein Richterkollegium nur aus Kleriker zu bilden. „Even when a bishop has obtained the bishops' conference permission and the lay judges have been legitimately appointed in a stable way, the lay judges may be entrusted cases only when there is a real need in the diocese, although this would not appear to refer to each specific case, but to situations which could affect the diocese for extended periods of time. Consequently, if there is no justification for entrusting cases to lay judges, it is preferable that the bishop entrust cases to clerical judges.“

Ein anderer Standpunkt verbindet das Kriterium der 'Notwendigkeit' mit dem allgemeinen Priestermangel: „Il requisito di necessità è ampio se si tiene conto delle qualità e competenze tecniche, oltre che dei titoli che si esigono per l'ufficio di giudice diocesano, non sempre reperibili nei chierici.“<sup>44</sup>

Außer den oben genannten Aspekten sollte man den Zusammenhang zwischen dem allgemeinen Grundrecht aller Getauften (vorwiegend das Recht auf Rechtsschutz, c. 221<sup>45</sup>) und der Wirksamkeit der Offizialaten besondere Aufmerksamkeit widmen. Wenn die schnelle, zugängliche und wirksame Verteidigung der Rechte und Pflichten der Gläubigen in Gefahr komme, kann wohl mit vollem Recht über eine 'Notwendigkeit' in der Gerichtsbarkeit der Teilkirche gesprochen werden.

## 6. Instruktion „*Dignitas connubii*“

22 Jahre nach der Promulgation von CIC (1983) ist die Reform der kirchlichen Eheprozesse für die Praxis wieder unabdingbar geworden. Die Instruktion des Päpstlichen Rats für die Gesetzestexte mit dem Titel *Dignitas connubii* „ist mit dem Ziel erarbeitet und veröffentlicht worden, daß sie den Richtern und anderen Mitarbeitern der kirchlichen Gerichte eine Hilfe sei, denen der heilige Dienst, Ehenichtigkeitssachen zu führen anvertraut ist. Daher bleiben die prozessualen Gesetze des *Codex Iuris Canonici* zur Nichtigkeitserklärung der Ehe in ihrer vollen Geltung, auf die man sich bei der Auslegung der Instruktion immer stützen muß.“<sup>46</sup>

Die Instruktion stellte keine neue Regelung zum rechtlichen Stand des Laienrichters in Aussicht. In seinem Artikel 43, § 4 wurde jedoch eine Empfehlung ausgesprochen, die sich auf die Berufserfahrung als Voraussetzung der Ernennung eines Laien zum Diözesanrichter bezieht: „Es wird auch empfohlen, dass niemand zum Richter ernannt wird, es sei denn, er übe für eine entsprechende Zeit ein anderes Amt am Gericht aus.“<sup>47</sup> Wie Klaus Lüdicke in seinem Kommentar zur Instruktion bemerkt: „Ähnlich wie in Art. 42 § 2 für

<sup>43</sup> Xavier OCHOA: *Index verborum ac locutionum Codicis Iuris Canonici*. Città del Vaticano, 1984, 290.

<sup>44</sup> Manuel Jesús Arroba CONDE: *Diritto processuale canonico*. Roma, 2012, 207–208.

<sup>45</sup> c. 221. § 1 CIC (1983): „Den Gläubigen steht es zu, ihre Rechte, die sie in der Kirche besitzen, rechtmäßig geltend zu machen und sie nach Maßgabe des Rechts vor der zuständigen kirchlichen Behörde zu verteidigen.“

<sup>46</sup> [http://www.vatican.va/roman\\_curia/pontifical\\_councils/intrptxt/documents/rc\\_pc\\_intrptxt\\_doc\\_20050125\\_dignitas-connubii\\_ge.html](http://www.vatican.va/roman_curia/pontifical_councils/intrptxt/documents/rc_pc_intrptxt_doc_20050125_dignitas-connubii_ge.html) (03. 03. 2020)

<sup>47</sup> DC Art. 43. § 4

den Judizialvikar und die stellvertretenden Judizialvikare wird in Art. 43 § 4 geraten, nur solche Personen zu Richtern zu bestellen, die eine gewisse Zeit andere Funktionen an einem kirchlichen Gericht ausgeübt haben. In der Tat ist es für eine effektive Arbeit des Richters hilfreich, wenn er sich zuvor in die Fragestellung und den Ablauf kirchlicher Ehenichtigkeitsprozesse eingearbeitet hat.”<sup>48</sup>

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Gesetzgeber in der Instruktion *Dignitas connubii* noch sehr stark auf die fachliche Kompetenz als Voraussetzung zur Bestellung eines Richters abhob.

## 7. Die neueste Reform des M. P. Mitis Iudex Dominus Iesus

Wenn man den letzten Reformschritt des Amtes des Laienrichters betrachten möchte, muss man einen Blick auf die Änderungen in den kanonischen Regelungen zum Eheverfahren werfen. „Mit dem Motu Proprio »Mitis Iudex Dominus Iesus« (MIDI) hat Papst Franziskus das kirchlichen Ehenichtigkeitsverfahren mit Wirkung vom 8. Dezember 2015 grundlegend reformiert.“<sup>49</sup> Nach der Promulgation der päpstlichen Gesetze wurden zahlreiche Publikationen<sup>50</sup> und Kommentare<sup>51</sup> veröffentlicht, die entweder die Neuheiten der *Motu Proprio* analysieren wollten oder die eventuelle Wirkungen auf unser Gerichtssystem zu prognostizieren suchten.

In diesem Artikel kann dieser weite Themenkomplex nicht im Ganzen aufgegriffen werden, sondern es soll nur c. 1673. 3§ des MP betrachtet werden: „Die Ehenichtigkeitsverfahren sind einem Kollegium von drei Richtern vorbehalten. Diesem muss ein Richter, der Kleriker ist, vorstehen, die übrigen Richter können auch Laien sein.“<sup>52</sup>

Gemäß dem päpstlichen Gesetz ist für das Ehenichtigkeitsverfahren weiterhin ein Kollegialgericht aus drei Richtern zuständig. Diese Norm kann man auch in dem derzeit gültigen c. 1425. 1§ 1 finden. Eine besonders auffallende Rechtsänderung betrifft jedoch die Zusammensetzung des Richterkollegiums. Danach hat „Die Novellierung des Eheprozeßrechts von 2015 [...] sogar die Möglichkeit geschaffen, daß das Richterkollegium in Ehenichtigkeitssachen aus nur einem Kleriker (auch Diakon) und zwei Laien besteht (c. 1673 § 3 CIC).“<sup>53</sup> Damit ist zunächst die Gültigkeit der Voraussetzungen (c. 1421. § 2 CIC) der Bestellung eines Laienrichters nach dem MIDI ist zu prüfen.

---

<sup>48</sup> Klaus LÜDICKE: „*Dignitas connubii*“. *Die Eheprozeßordnung der katholischen Kirche*. Essen, 2005, 60.

<sup>49</sup> Martin ZUMBÜLT: *Änderungen im Ehenichtigkeitsprozess durch das MP Mitis Iudex Dominus Iesus*. In: *Kirche und Recht* 22 (2016/2) 93.

<sup>50</sup> Joaquín Alberto NIEVA GARCÍA: *Reforma del proceso canónico para la declaración de nulidad del matrimonio y pastoral de los fieles divorciados vueltos a casar*. Madrid, 2015.

<sup>51</sup> Kurt MARTENS: *Justice and Mercy Have Met. Pope Francis and the Reform of the Marriage Nullity Process*. Washington DC, 2017; Ernest CAPARROS: *La réforme opérée par le m.p. Mitis Iudex: commentaires et documentation. Actes d'un colloque organisé par la LUMSA Université et la Consociatio Internationalis Studio Iuris Canonici Promovendo, Rome, 30 novembre 2015*. Québec, 2016.

<sup>52</sup> [https://w2.vatican.va/content/francesco/de/motu\\_proprio/documents/papa-francesco-motu-proprio\\_20150815\\_mitis-iudex-dominus-iesus.html](https://w2.vatican.va/content/francesco/de/motu_proprio/documents/papa-francesco-motu-proprio_20150815_mitis-iudex-dominus-iesus.html) (05.04.2018.)

<sup>53</sup> Ludger MÜLLER: *Das kirchliche Ehenichtigkeitsverfahren nach der Reform von 2015*. Paderborn, 2017 [MÜLLER 2017], 20–21; vgl. William DANIEL: *An Analysis of Pope Francis' 2015 Reform of the General Legislation Governing Causes of Nullity of Marriage*. In: *The Jurist* 75/2 (2015) 548–550.

## 7.1. Die Erlaubnis der Bischofskonferenz

Die Mehrheit der Fachliteratur vertritt die Ansicht, dass die Erlaubnis einer Bischofskonferenz weiterhin eine Voraussetzung für eine erlaubte Ernennung eines Laienrichters darstellt. Gerade weil gemäß c. 1673 § 3 nicht ausdrücklich vorgesehen ist, dass eine Erlaubnis der Bischofskonferenz zur Bestellung eines nicht zum Priester geweihten Laien zum Richter vorliegen muss, bleibt die Anforderung, dass eine Genehmigung der einzelnen Bischofskonferenz vorliegen muss, weiterhin in Geltung. *Martin Zumbült* summierte seine Ansicht in der Frage so: „M. E. enthält can. 1421 § 2 zwei Regelungen, zum einen die Frage, ob Laien im Kollegialgericht mitwirken können, zum anderen wie viele Laien in einem Kollegialgericht vertreten sein können. Zur Frage nach dem Ob der Beteiligung äußert sich can. 1673 § 3 n. F. nicht, er setzt es schon voraus, so dass dafür die Regelung aus can. 1421 § 2 einschlägig bleibt.“<sup>54</sup> *Markus Walser* bestätigt einen ähnlichen Standpunkt, wenn er das Reskript von Papst Franziskus vom 07. Dezember 2015 darstellt, dem zufolge die Gesetze der Reform des Eheprozessrechts alle entgegenstehenden bisher geltenden Gesetze und Normen aufheben.<sup>55</sup> *Ludger Müller* vertritt ebenfalls die Meinung, dass weiter davon auszugehen ist, dass die Erlaubnis der betroffenen Bischofskonferenz vorliegen müsse.<sup>56</sup>

Auch *John Beal* hält die erwähnte Zulassung durch die Bischofskonferenz weiterhin für nötig: „Although the new norm does not change the requirement of canon 1421 §3 that the prior permission of the episcopal conference is required for a bishop to appoint lay people as judges.“<sup>57</sup>

Jedoch vertritt *Klaus Lüdicke* die Ansicht, dass die Bestellung von Laien zum Richteramt nach dem *Mitis Iudex Dominus Iesus* weder die Zustimmung der Bischofskonferenz, noch eine Notwendigkeit der Bestellung voraussetzt.<sup>58</sup> Eine gleichlautende Ansicht wurde durch *Morán Bustos* vertreten, wobei er bereits die Übertragung des Amts des Vorsitzenden in einem Kollegialgericht durch Laienrichter für möglich erachtet: „La participación de los laicos como jueces: la norma del can. 1673 § 3 supera las limitaciones del can. 1421 § 2, de modo que ya no se requiere para proceder a nombrar a un juez laico ni que se verifique una situación de necesidad, ni tampoco el permiso de la conferencia episcopal; superada la discusión teológico-jurídica sobre la vinculación de la *potestas iurisdictionis* con el sacramento del orden, lo que se hace es consagrar el principio de igualdad entre laicos y clérigos en lo que se refiere al ejercicio del ministerio de juez; esta norma, en la medida en que amplía el espectro de quienes pueden ejercitar la función de juez en la Iglesia, contribuirá a facilitar la configuración de los turnos, lo que repercutirá en un tratamiento más ágil de las causas, que podría haber sido aún mayor si se hubiera permitido a los laicos

---

<sup>54</sup> Martin ZUMBÜLT: *Änderungen im Ehenichtigkeitsprozess durch das MP: Mitis Iudex Dominus Iesus*. In: Kirche und Recht 22 (2016/1) 99.

<sup>55</sup> Markus WALSER: *Fragen zum Motu proprio „Mitis Iudex Dominus Iesus“*. In: Christoph Ohly – Wilhelm Rees – Libero Gerosa (Hgg.): *Theologia Iuris Canonici. Festschrift für Ludger Müller zur Vollendung des 65. Lebensjahres*. Berlin, 2017, 687–697.

<sup>56</sup> MÜLLER 2017, 20–21.

<sup>57</sup> John BEAL: *Mitis Iudex Canonis 1671–1682, 1688–1691. A Commentary*. In: *Jurist* 75 (2015) 467–538, 481.

<sup>58</sup> MKCIC 1673,6.

ser también presidentes del turno: si es normal que puedan ser mayoría en un tribunal, no veo por qué no podrían ser también presidentes del colegio.”<sup>59</sup>

Auch meiner Meinung nach ist nach der obenstehenden Argumentation das *Motu proprio* so auszulegen, dass die Diözesanbischöfe ohne Erlaubnis der Bischofskonferenz Laien zu Richtern ernennen dürfen. Jedoch muss beachtet werden, dass diese Regelung nur die Ehenichtigkeitsverfahren betrifft.

## 7.2. Eine Notsituation in den kirchlichen Gerichten

Auch die Voraussetzung der ‘Notwendigkeit’ im Sinne des c. 1421. § 2 spaltet die Fachliteratur. „Die Beteiligung von Laien am Richterkollegium in Ehenichtigkeitsachen ist weiterhin an die sachliche Voraussetzung einer ‘Notwendigkeit’ hierzu und an die Erlaubnis der Bischofskonferenz gebunden“ – so Ludger Müller.<sup>60</sup>

Eine gegenteilige Position wurde bei anderen VerfasserInnen<sup>61</sup> vertreten, die das Vorhandensein einer ‘Notwendigkeit’ zur Bestellung des Laienrichters nicht für unabdingbar halten. Luis Navarro formulierte seinen Standpunkt wie folgt: „Non si indica che dopo la riforma in tutti i collegi ci debbano essere due giudici laici, ma si dà una possibilità lasciata alla discrezione del Moderatore del Tribunale, senza alcun intervento della Conferenza Episcopale e senza che vi sia una particolare necessità oltre a quella di trovare persone idonee per comporre il tribunale e consentire sentenze giuste e tempestive, a differenza di quanto prevede il can. 1421 CIC.“ Raúl Román Sánchez verteidigt ebenso diesen Standpunkt: „A partir del M. Pr. de 2015, para los procesos de nulidad matrimonial ya no se exige el requisito, hasta ahora necesario, previo e ineludible de que la Conferencia Episcopal conceda el permiso para incorporar a los laicos como jueces en el proceso de nulidad de matrimonio, algo ya puesto en práctica por numerosísimas Conferencias Episcopales desde hace décadas.”<sup>62</sup>

Zusammenfassend lässt sich daher festhalten, dass die Mehrheit der kanonistischen Literatur die Meinung vertritt, dass eine ‘Notwendigkeit’ zur Bestellung des Laienrichters in den Ehenichtigkeitsverfahren nach 2015 schon keine *sine qua non* Voraussetzungen darstelle. Jedoch regelt das *Motu proprio* nur die Eheverfahren der katholischen Kirche, deswegen gibt es die Möglichkeit der Errichtung eines Kollegialgerichts mit einem Kleriker und zwei Laien nur eingeschränkt für Ehenichtigkeitsachen,<sup>63</sup> was im *MP Causas matrimoniales* Art. 5. § 1. geregelt wurde.

---

<sup>59</sup> Carlos Manuel Morán BUSTOS: *Retos de la reforma procesal de la nulidad del matrimonio*. In: *Ius Canonum* 56 (2016) 25–26.

<sup>60</sup> MÜLLER 2017, 21.

<sup>61</sup> Vgl. Martin ZUMBÜLT: *Änderungen im Ehenichtigkeitsprozess durch das MP: Mitis Iudex Dominus Iesus*. In: *Kirche und Recht* 22 (2016/1) 99.

<sup>62</sup> Raúl Román SÁNCHEZ: *Juez único, jueces laicos y asesores en el motu proprio «Mitis Iudex Dominus Iesus»*. In: *Revista Española de Derecho Canónico* 75 (2018) 235–272, 258–259.

<sup>63</sup> Vgl. MÜLLER 2017, 21.

### 7.3. Die Ergebnisse der Reform von MP Mitis Iudex Dominus Iesus

Nach diesen Überlegungen möchte ich noch kurz auf die Frage eingehen, wie viele Laienrichter an einem Kollegium mitwirken dürfen. Das *MP* ermöglichte es, dass nicht nur ein Laie als Richter tätig sein kann sondern auch, dass die zwei weiteren Richter neben dem Klerikervorsitzenden Laien sein können. Selbst in dieser Verteilung ist die *lex generalis* des CIC c. 129 verwirklicht: „Bei der Ausübung dieser Gewalt können Laien nach Maßgabe des Rechtes mitwirken.“ Bei dieser Mitwirkung verwirklicht sich in den eigenen Voten der Richter und im gemeinsamen Urteil das Kollegium als Ganzes.<sup>64</sup>

Außer den oben genannten Aspekten werden die eventuell sich ergebenden Änderungen und Auswirkungen in den Strukturen der kirchlichen Gerichte vorwiegend für das deutsche Sprachgebiet bei Klaus Lüdicke thematisiert: „Für die Mitarbeiter-Struktur an unseren Offizialaten wird die Neuregelung erhebliche Folgen haben können, wenn es bisher Engpässe vor allem bei den Klerikern gegeben hat. Es wird einen Offizial geben müssen, der Priester ist, und es wird für jeden Gerichtshof einen Priester oder Diakon geben müssen, der den Vorsitz führt. Natürlich kann es auch künftig Gerichtshöfe aus drei Klerikern geben oder aus zwei Klerikern und einem Laien. Aber nach Wegfall der vielen Dekretverfahren, mit denen manche Offizialate als Berufungsgerichte beschäftigt waren, wird die Arbeit neu zu verteilen sein. Die Laien haben in der Regel Dienstverträge mit der Diözese und können nicht gekündigt werden. Ob sie andere Dienste im Bistum übernehmen können, hängt von ihrem Dienstvertrag ab, der normalerweise ihr Tätigkeitsfeld definiert. Die Kleriker, deren Dienstverhältnis nicht vertraglich begründet ist, sondern unter dem Gehorsamsversprechen gegenüber dem Bischof als Dienstherrn steht, können leichter mit anderen Aufgaben betraut werden. Für das Bild der kirchlichen Gerichte nach außen könnte eine solche Schwerpunktverlagerung positiv sein.“<sup>65</sup>

Obwohl der Streit über die Möglichkeit der laikalen Tätigkeit als Einzelrichter oder als Vorsitzender des Kollegialgericht ein spannungsreiches Forschungsfeld der Kanonistik ist, beschäftigt sich der vorliegende Beitrag mit diesen Fragestellungen nicht, weil bei diesen Untersuchungen der verfassungsrechtliche und vollmachtstheoretische Hintergrund im Vordergrund steht.<sup>66</sup>

### Fazit

Das Amt des Laienrichters weist einen hohen Anteil am kirchlichen Verfahrensrecht auf, in dem sich im letzten Jahrhundert aufgrund der verfassungsrechtlichen Entwicklungen vermutlich die größten prozessrechtlichen Auseinandersetzungen und Änderungen vollzogen haben. Jedoch muss stark betont werden, dass diese Möglichkeit für hochqualifizierte Juristen im Laienstand gar nicht immer so selbstverständlich war wie unserer heutigen

---

<sup>64</sup> Vgl. Thomas AMANN: *Laien als Träger von Leitungsgewalt? Eine Untersuchung aufgrund des Codex Iuris Canonici*. St. Ottilien, 1996, 13–18.

<sup>65</sup> Klaus LÜDICKE: *Die Reform des kirchlichen Ehenichtigkeitsprozesses. Inhalt und Bedeutung*. In: *De processibus matrimonialibus*, Band 23 (2016) 159–160.

<sup>66</sup> Ángel MARZO – Jorge MIRAS – Rafael RODRÍGUEZ-OCAÑA (ed.): *Exegetical commentary on the code of canon law. Volume IV/1*. Montreal–Canada–Chicago, 2004, 734.



Gerichtssystem, weswegen diese Studie die moderne prozessrechtliche Entwicklungsgeschichte des Laienrichters nachzuzeichnen suchte.

*Synopsis der Entwicklung des Laienrichters im kanonischen Recht*

	geschlechtliche Voraussetzung	berufliche Voraussetzungen der Bestellung	kirchenrechtliche Voraussetzungen zur Bestellung		richterliche Tätigkeitsbereich	mögliche Zahl der LaienrichterInnen in einem Kollegialgericht
CIC (1917)			-			
MP Causas matrimoniales (1971)	nur für Männer	(Anforderungen der Erlaubnisse der einzelnen Bischofskonferenzen)	Unmöglichkeit der Bildung eines Kollegiums von drei geistlichen Richtern und die Erlaubnis Bischofskonferenz		nur im Ehenichtigkeitsfällen in erster und zweiter Instanz	ein in einem Richterkollegium
CIC (1983)	<del>nur für Männer</del> <b>für beide Geschlechter</b>	<del>untadelhafte Lebenswandel</del> <b>und</b> <del>Doktorat oder wenigstens Lizentiat im kanonischen Recht</del>	<del>Unmöglichkeit der Bildung eines Kollegiums von drei geistlichen Richtern</del> <b>Notwendigkeit und die Erlaubnis Bischofskonferenz</b>		<del>nur im Ehenichtigkeitsfällen in erster und zweiter Instanz</del> <b>in allen kirchlichen Prozessen in allen Instanzen</b>	ein in einem Richterkollegium
Instruktion Dignitas conubii (2002)	<b>für beide Geschlechter</b>	untadelhafte Lebenswandel und Doktorat oder wenigstens Lizentiat im kanonischen Recht, <b>gerichtliche Erfahrungen</b>	<b>Notwendigkeit und die Erlaubnis Bischofskonferenz</b>		<b>in allen kirchlichen Prozessen in allen Instanzen</b>	ein aus drei Richter
MP Mitis Iudex Dominus Iesus (2015)	<b>für beide Geschlechter</b>	untadelhafte Lebenswandel und Doktorat oder wenigstens Lizentiat im kanonischen Recht, gerichtliche Erfahrungen	in nicht Ehenichtigkeitsverfahren	Notwendigkeit und die Erlaubnis Bischofskonferenz	in allen kirchlichen Prozessen in allen Instanzen	ein aus drei Richter
			in Ehenichtigkeitsverfahren	Notwendigkeit und die Erlaubnis Bischofskonferenz ?	nur in Ehenichtigkeitsverfahren in allen Instanzen	<b>ein</b> zwei aus drei Richter